

Raketenschlag in Sumy: Gouverneur in der Kritik nach tödlicher Militärversammlung

Russischer Raketenangriff auf die ukrainische Stadt Sumy: Militärversammlung unter Kritik, 35 Tote, westliche Politiker verurteilen die Attacke.



Sumy, Ukraine - In der nordostukrainischen Stadt Sumy fand kürzlich eine Militärversammlung statt, während ein russischer Raketenschlag die Stadt traf. Gouverneur Wolodymyr Artjuch bestätigte die Versammlung, ließ jedoch offen, wer sie initiiert hatte. Er betonte, dass er lediglich eingeladen wurde und erfüllte nicht die Rolle des Veranstalters. Die Militärs hielten die Versammlung in einer Kongresshalle in der Nähe der russischen Grenze ab, was in der aktuellen Kriegssituation als besonders riskant gilt.

Nach dem Angriff, der am Sonntag stattfand, stieg die Zahl der

Toten auf 35. Ungefähr 120 Personen wurden verletzt, darunter Zivilisten, was die Brutalität des Übergriffs unterstreicht. Bürgermeister Artem Semenichin von Konotop kritisierte die Entscheidung zur Ansetzung der Militärveranstaltung und äußerte, dass er den Gouverneur zuvor gewarnt habe, solche Versammlungen in Frontnähe abzuhalten. „Russische Aggressoren haben die Militärversammlung als Vorwand für ihren Angriff genutzt“, erklärte er. Dies wirft Fragen zur Sicherheit von Zivilisten in der Region auf.

Politische Reaktionen und internationale Kritik

Der russische Angriff wurde als gezielter Übergriff auf eine Versammlung künftig gegnerischer Kommandeure beschrieben. Das russische Verteidigungsministerium gab an, dass zwei ballistische Raketen vom Typ Iskander-M eingesetzt wurden. Kremlsprecher Dmitri Peskow bekräftigte, dass man ausschließlich militärische Ziele angreife, was jedoch von ukrainischen und internationalen Politikern scharf kritisiert wurde. Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Emmanuel Macron gehören zu den westlichen Führungspersönlichkeiten, die den Angriff verurteilt haben. „Nichts kann den russischen Angriff rechtfertigen“, betonte die ukrainische Parlamentsabgeordnete Marjana Besuhla und verwies auf die Auswirkungen auf Zivilisten.

Angesichts der Anklagen wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, um die Verantwortlichen für die Militärversammlung in der Nähe der Front zu identifizieren. Dieser Vorfall ist nicht isoliert, sondern Teil eines größeren Bildes, in dem Russland im Russisch-Ukrainischen Krieg seit 2014 immer wieder mit schweren Vorwürfen bezüglich Kriegsverbrechen konfrontiert wird. Berichte dokumentieren, dass im Verlauf des Konflikts zahlreiche Zivilisten und Kriegsgefangene Opfer schwerer Verletzungen und Misshandlungen wurden, u. a. durch Luftangriffe auf zivile Einrichtungen und gezielte Attacken auf Wohngebäude.

Kontext des russischen Militärangriffs

Die Aggression gegen die Ukraine, die seit 2014 andauert, hat zu einer Vielzahl von Menschenrechtsverstößen geführt. Berichte des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte beschreiben umfassende Verletzungen, die von gezielten Bombardierungen bis hin zu Zwangsrekrutierungen reichen. Im schlimmsten Fall verüben die russischen Kräfte schwere Kriegsverbrechen, die von internationalem Recht geächtet sind. Der internationale Strafgerichtshof hat bereits Haftbefehle gegen hochrangige russische Funktionäre erlassen, darunter Wladimir Putin, wegen Vertreibung von ukrainischen Zivilisten.

Der Vorfall in Sumy zeigt auf alarmierende Weise die Gefahren, die Zivilisten auch in vermeintlich geschützten Versammlungen ausgesetzt sind, und wirft Fragen zur Verantwortung von Mandatsträgern in Kriegszeiten auf. Der Ukraine bleibt nur der weiterhin entschlossene Widerstand gegen die russische Aggression.

Für mehr Informationen lesen Sie bitte diese Berichte: **ZVW**, **RND**, und **Wikipedia**.

Details	
Vorfall	Raketenangriff
Ort	Sumy, Ukraine
Verletzte	237
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.zvw.de• www.rnd.de• de.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de